

# Nachrichten für Raunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Kammelshain, Deucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Therna usw.)  
Dieses Blatt erhält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Raunhof.

Er scheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 1,- jährlich Mk. 10,-. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 1/4, auswärts Mk. 1,-. Anderer Teil Mk. 1,-. Reklamazeile Mk. 2,-. Beilagegebühr pro Lumbert Mk. 1,-. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Belegungen werden von den Ausdrücker oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Ami Raunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götze & Söhne, Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 9

Freitag, den 20. Januar 1922

33. Jahrgang

### Amrliches.

Erreichte sind Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 15 bis 31 vom Jahre 1921, Reichsgesetzblatt Nr. 67 bis 120.

Sie liegen 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathhaus, Zimmer 8, Kanzlei, aus. Auf die an der Ratstafel im Rathhausdurchgang aushängende Bekanntmachung wird besonders hingewiesen.

Raunhof, am 19. Januar 1922. Der Bürgermeister.

### Neue Zeitung für eilige Leser.

Im Auswärtigen Amt sind dem Reichstag gegen Dr. Rathenau und Reichskanzler Dr. Brüch eingelebte vertrauliche Aufklärungen über die politische Lage auf Grund der Beratungen in Cannes.

Wie bekannt, ist England bereit, ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung zu streichen, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

Der deutschen Regierung ist gestattet worden, in den Monaten Februar, März und April nach beliebigen Ländern Kohlen auszuführen.

In der Groß-Hamburger Frage hat nun auch der Hamburger Senat eine Denkschrift veröffentlicht, in der der Gedanke eines preussischen Groß-Hamburgs abgelehnt wird.

Der Zentrumsparteitag wurde nach einer großen politischen Rede des Reichskanzlers geschlossen.

In der Verhandlung gegen die Gräfin Ella v. Schlieben und ihre beiden Söhne in Wehring wegen Mordversuchs legte der älteste Sohn, der im 24. Jahre steht, ein volles Geständnis ab.

Die auf der Washingtoner Konferenz vertretenen Mächte haben sich feierlich verpflichtet, das Prinzip der „offenen Tür“ in China anzuerkennen.

An der Berliner Mittwochsdirekte wurde der Dollar mit 168 gehandelt.

### „Geduld!“

Reichskanzler Dr. Brüch hat in der Schlussagung des Zentrumsparteitages in Berlin eine temperamentvolle Rede gehalten, in der er sich in der Hauptsache mit den Erscheinungen der gegenwärtigen Parteikonstellationen im Innern befaßte. Was über die auswärtige Politik in dieser Stunde gesagt werden kann, das muß er naturgemäß dem Reichstag und dessen Auswärtigem Ausschuss vorbehalten, die ja auch wieder ihre Pforten öffnen. Aber mit den Parteien hatte der Reichskanzler manches Hühlein zu pfücken, und er tat das unter dem Jubel seiner Zuhörer mit einer humorvollen Frische, stellend aber auch mit jener „goldenen Rücksichtslosigkeit“, die darauf schließen lassen, daß er sich in seiner Stellung durchaus sicher fühlt. Die musterhafte Disziplin seiner engeren Parteigenossen in allen Teilen des Reiches, das einstimmige Vertrauensvotum, das seiner Politik soeben ausgestellt worden war, mußten ihn ja auch mit berechtigter Genugtuung erfüllen, zumal im Hinblick auf gewisse Vorgänge in anderen Parteien, die zwischen Hindrängen zur Regierung und Flücht vor der Verantwortung abwechseln, weil sie mehr als gut ist von Augenblicksinteressen und tatsächlichen Erwägungen sich bestimmen lassen. Mit Stolz wertete der Kanzler auf die Tatsache, daß das Zentrum in allen Besprechungen der jetzigen Republik bei der Stange geblieben und daß ihm diese Beharrlichkeit recht gut bekommen ist. Wohl könne natürlich auch einmal der Tag kommen, wo es sich in die Opposition zurückziehen müsse, für seine Person aber erklärte er, daß er keinen im Dunkeln schleichenden Intrigen weichen werde, sondern zur offenen Feldschlacht im Reichstag bereitstehe — womit vielleicht auf die eigenartige Art und Weise hingedeutet werden sollte, wie Brand in diesen Tagen urphologisch beseligt wurde. Ein schönes Beispiel, das gewiß nicht zur Nachahmung reizt, womit vielleicht aber auch auf dunkle Machenschaften hingedeutet werden sollte, die der scharfe Blick des Kanzlers wahrzunehmen glaubt schon zu einer Zeit, wo sie anderen noch verborgen sind. Jedenfalls benutzte Herr Dr. Brüch diesen Anlaß, um sich zum Kampf mit seinen inneren Gegnern zu stellen. Auch den Sozialdemokraten in der Regierung gab er so deutlich, daß ein Mißverständnis kaum noch ausmachen kann, zu verstehen, daß ein Kompromiß in der Steuerfrage gefunden werden muß, wenn anders er und mit ihm das Zentrum nicht die Last der Verantwortung anderen Schultern überlassen soll. So ist nach innen hin der Aufruf für die neue Reichstagssitzung gegeben; man kann aber sein, daß es auch ihr an dramatischen Zwischenfällen nicht fehlen wird.

Aber die auswärtige Lage sagte der Reichskanzler, was im gegenwärtigen Augenblick eben zu sagen ist, daß er in den Vorgängen von Cannes, in der vorläufigen Bewilligung eines Zahlungsausschubs und in der Einladung Deutschlands zur internationalen Wirtschaftskonferenz nach Genoa einen Erfolg seiner Politik und eine sachliche Rechtfertigung der Annahme des Londoner Ultimatums erblickte; und daß er diese Erfolge vor dem Forum des Parteitages unterstrich, läßt sich verstehen, ebenso die Ankündigung, daß er entschlossen sei, die Politik des letzten Jahres der Bestrebungen weiter zu verfolgen.

Doch lieh er auch darüber keinen Zweifel, daß er der Welt unausgesprochen die Unmöglichkeit eines Verfahrens vor Augen halten werde, das darin bestünde, ein einziges Volk isoliert herauszuheben aus der Gesamtwirtschaft und es auszusprengen wie eine Bombe, um es danach als ausgeblendet aus der Geschichte der Menschheit beiseite zu legen. Diese Politik der ausgeprägten Bironie sei unerträglich für die gesamte Welt. Dem Gedanken der Solidarietät der Völker sei endlich Bahn gebrochen; man müsse Geduld haben, bis er sich weiter durcharbeite. Aber nur die Partei, die solche Geduld habe, könnte allein die deutsche Politik meistern. Mit einer vornehmen Geste oder gar mit einem Paradedemarsch sei jetzt nichts zu machen. Gewiß seien ihm in der Regierung auch andere Parteien willkommen, die bereit wären, an der Verantwortung teilzunehmen. Aber nicht darauf komme es an, daß sich jetzt Parteipolitik zusammenschließen und um Programmpunkte miteinander feilschen. Jetzt müßten Opfer gebracht, jetzt müßte eine Regierung auf längere Sicht gebildet werden, wenn man nicht jeden Augenblick Gefahr laufen wolle, daß der eine Teil aus Angst vor Wahlen sich wieder in die Wüste schlägt. Dieses Programm erfordere Geduld nach außen, finanzielle Ordnung im Innern. Das Zentrum werde zu zeigen haben, ob es auch dieser Aufgabe gewachsen sei. Wohl gebe es auch in seinen Reihen Meinungsverschiedenheiten; aber in der Erkenntnis, daß jetzt mit Entschlossenheit gehandelt werden müsse, sei die ganze Partei sich einig. Der Kanzler streifte dann auch noch die Gefahr des Auseinanderfallens der jetzigen Regierungsparteien über Schulfragen oder über den christlichen Religionsunterricht, was abermals als eine Warnung nach links hin verstanden werden muß, um zum Schluß für das Zentrum die große Liebe in Anspruch zu nehmen, die nicht nur das eigene Volk in sich begreife, sondern auch im Dienste der Menschheit allen, die Menschenanliegen tragen, etwas Gutes tue.

So fand er vor seinen Parteifreunden einen vorzüglichen Abgang, während das Echo seiner Rede in anderen Parteilagern naturgemäß stark gedämpft und bedingt widerklingt. Er wird wahrscheinlich bald Gelegenheit haben, seine Ausführungen noch nach den verschiedensten Seiten hin zu ergänzen und den Kampf zu führen, den er hier angekündigt hat.

### Wünsche für Genoa.

Die größte aller bisherigen Konferenzen.

Die am 8. März beginnende Konferenz von Genoa wird erstens durch den Riesenzug von Teilnehmern und eingeladenen Nationen (spricht man doch von über 40 Staaten und rund 1000 Personen) und zweitens durch den Umfang ausgezeichnet, daß es sich diesmal nicht um die Durchführung eines „Verdrehers“ im Kreise kleinerer „Nichter“ handelt, sondern um eine

### Zusammenkunft gleichberechtigter Unterhändler.

worher sie auch kommen mögen. Die zahlreichen Einladungen zeigen sie auch kommen mögen. Die zahlreichen Einladungen sind zum großen Teil bereits zu ihm und beantwortet worden, wobei besonders die angeblich bereits gegebene Zusage Amerikas und Russlands von Wichtigkeit ist. Allerdings müßten sich an diese Antworten selbstverständlich bereits eine Anzahl verschiedener Wünsche. So macht Amerika die Voraussetzung, daß die Frage der Annulierung der europäischen Schuld nicht angeschnitten wird. Die Sowjetregierung wiederum wünscht in Genoa folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte, Zurückgabe der russischen Handelsschiffe, wirtschaftlicher Wiederaufbau Russlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland usw. Lenin wird unter keinen Umständen an der Konferenz teilnehmen, sich vielmehr durch Tischgespräche vertreten lassen. Dagegen will Lloyd George mit Bestimmtheit nach Genoa fahren, und man weiß heute schon, daß er wenigstens zwei Wochen dort bleiben wird. Der Hauptgegenstand der Konferenz, der Plan zur

### Herabsetzung der deutschen Zahlungen.

soll in der Art einer Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gehalten sein, in der England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung streichen würde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

### Poincaré und Lloyd George.

In einem Telegrammwechsel, den Poincaré zur Begrüßung mit seinem verbündeten Kollegen geschickt hat, befragte er an Lloyd George u. a.: „Die französische Regierung ist überzeugt, daß es den beiden Völkern, die auf den Schlachtfeldern für eine und dieselbe Sache so eng vereint gekämpft haben, gelingen wird, in gemeinsamen Einvernehmen unter Aufrechterhaltung des europäischen Friedens die Durchführung der Verträge, die sie unterzeichnet haben, und die Reparationen für die durch die Invasion verursachten Schäden sicherzustellen.“

Lloyd George antwortete: „Die britische Regierung wird die Sicherheit des französischen Gebietes gegen einen deutschen Angriff, die Bezahlung der Frankreich für die zerstörten Gebiete geschuldeten Reparationen und die ständige Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages als gemeinsame Interessen der französischen und der britischen Völker betrachten, die beide Völker gemeinsam verteidigen müssen.“

### Deutschlands Gleichberechtigung.

Kanzlerrede im Industrie- und Handelstag.

Auf der in Berlin abgehaltenen Vollversammlung des Industrie- und Handelstages ergriff der Reichskanzler Dr. Brüch das Wort. Er betonte, daß dem schweren Jahre 1921 im Jahre 1922 anscheinend eine Periode der Unabhängigkeit folgen werde. Das maßgebende Kennzeichen dafür sei die Tatsache, daß man Deutschland als gleichberechtigten Kontrahenten zu einer Konferenz eingeladen habe. Man müsse es dankbar begrüßen, daß man Deutschland zu einer solchen Konferenz jetzt unter diesen Umständen eingeladen habe. Weiterhin versicherte der Kanzler, daß der

### Aufbau einer starken Staatshoheit

beabsichtigt sei, die die Tätigkeit und die Lebensarbeit im Handel und Gewerbe objektiv zu würdigen bestricht sei. — Nachdem dann mehrere Entschlüsse, z. B. über die Wahrung der Rechte der Handelskammern beim Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte angenommen waren, hielt auch der preussische Handelsminister Siering eine Rede, der in längeren Ausführungen zunächst darlegte, daß nach Festsetzung der Ziele der Handelskammern über die parlamentarische Zusammenfassung derselben wohl eine Verständigung sich erzielen ließe. Er besprach dann die wirtschaftliche Lage Deutschlands und betonte, daß die Revision des Versailler Friedensvertrages immer dringlicher werde. Besonders warm begrüßte er die Ausdehnung von Handelsbeziehungen mit Rußland.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

#### Der preussische Staatshaushalt.

Die Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer, die Preußen vom Reiche zu bekommen hat, sind für 1922 mit zusammen 6810 Millionen Mark angelegt gegen 2839 Millionen Mark im Haushaltsplan für 1921, also mit 3971 Millionen Mark mehr. Dieser Aufbesserung stehen aber gegenüber die Verschlechterungen von 46 Millionen Mark bei den Bezirksverwaltungen und 2670 Millionen Mark bei den übrigen Staatsverwaltungen.

#### Die ungeheuerlichen Kontrollkosten.

Deutschland muß bekanntlich für die Mitglieder der aktierten Kontrollkommissionen in Deutschland außerordentlich hohe Zuschüsse zu deren Gehältern zahlen, die z. B. für den Chef der Kontrollkommission in Berlin 1½ Millionen im Jahr betragen. Nun ist dieser Lage eine Entschärfung des Reichstages entgegengebracht, die nur noch die Tragung der Kosten für die Gehälter der Kommissionsmitglieder Deutschland auferlegt und zwar rückwirkend für die gesamte Zeit der Tätigkeit der einzelnen Mitglieder in Deutschland. Damit kommen wir auf die runde Summe von zwei Drittel Milliarden Papiermark, die wir jetzt hierfür aufbringen sollen. Es schweben in der Frage der Gehaltsnachzahlungen juristische Erwägungen, ob die Forderung des Reichstages berechtigt, d. h. juristisch haltbar ist.

#### Erhöhung der Zinsen- und Sachverständigengebühren.

Auf einen vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an das Reichsjustizministerium gerichteten Antrag teilt der Reichsjustizminister mit, daß jetzt im Reichsrat ein Gesetzentwurf vorliegt, der eine wesentliche Erhöhung der geltenden Gebührensätze vorsieht und voraussichtlich binnen kurzem dem Reichstag zugehen wird.

#### Der Zentrumsparteitag

in Berlin wurde mit einem Schlußwort des Präsidenten Porstch beendet, nachdem die Wahlen zur Reichsparteileitung erfolgt waren, die einstimmig folgendes Resultat ergaben: Ehrenvorsitzender: Reichskanzler a. D. Behrens; Vorsitzender: Abgeordneter Herold, Vorstch und Spahn. Eifer Vorsitzender: Abgeordneter Senatspräsident Marx; stellvertretende Vorsitzende: Abgeordnete Frau Drachmsfeld, Ministerin a. D. Siegerwald, Justizrat Roemmg und Abgeordneter Glöckner. Die vom Parteitag angenommenen Richtlinien der Partei gliedern in folgenden Leitsätzen: Nationale Freiheit und Erneuerung, christliche Staatsauffassung, Volkssinn und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder, sittliche und soziale Wirtschaftsordnung, christlich-deutsche Volkskultur, christliche Völkergemeinschaft.

#### Frankreich.

Der Streit um die Kriegsschuldigen hat auch in Frankreich Anhänger und Gegner einer neuen Auslieferungsforderung auf den Plan gerufen. Im „Journal du Peuple“ erschien ein offener Brief an den Vorsitzenden der Liga für die Menschenrechte. Er fordert ihn auf, unverzüglich die große Macht, die die Liga darstelle, zu einer energischen Protestaktion gegen die Auslieferung der Kriegsschuldigen einzusetzen. Im entgegengekehrten Sinne beteiligt sich der Abgeordnete Bonnet. Dieser will den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Resolution interpellieren, die der Interaktierte Ausschuss zur Begutachtung der Leipziger Kriegsschuldigen-Prozesse dem Obersten Rat unterbreitet hat. Herr Bonnet mag sich

Blonde Haar, arbeitet wird, inemart, das Jahren zu- che Röhne er- werden in Solt beträgt. Bei war, das für Preise. Für ge, das sind n allerdings

167 Müller umarische oder nd franzische Humb (St. ) - arsch.)

Stand l. 4. 11

171 32. 112 112 112 72 4,4) 2,2) 80 80 80

Vorstand, gab 7 50 Nummer der ge und enthält dem überaus Plauderei von Vom Berliner über, Plauderei über, die neue Robert Solter; Abrada des über Motorrod- omobile; Fern andlungen über darunter zwei „Koralle“ in der bei dieser illo bruchmel B. C. B.

ie in Raunhof —

Langverein tag, Jan. s im Stern ammlung. Posten und D. B.

(in) p. bald. leren an. Hof.

flaschen Naunhof, Gartenstr. 26.

chen sowie alle Arten stellen und Haus- den beim Mädchen er edien

mpferd- pfel-Seife Co., Radebeul rog. c. P. F. T. U. U. U.

entriß 1/4 Uhr

Mit ihm ein.

Frau.

erhaue.